

Bulgarien

Johanna Deimel

Die Idee eines Europas der mehreren Geschwindigkeiten, die auch von der Europäischen Kommission im „Weißbuch zur Zukunft Europas“ vom März 2017 aufgegriffen wurde, wird in Bulgarien sowohl von der politischen Führung als auch von Fachkreisen abgelehnt.¹ Die Wahrnehmung ist, dass mit dem Schengenraum und der Eurozone bereits ein zweigeteiltes Europa besteht und Bulgarien als Nichtmitglied beider Zonen noch immer eine Art EU-Mitglied zweiter Klasse ist. Jean-Claude Junkers Vorschlag würde die Kluft noch vertiefen. Bundeskanzlerin Angela Merkel plädierte im Juni 2017 für eine Aufnahme Bulgariens in die Schengenzone, sobald das Balkanland die geforderten Bedingungen in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung erfüllt. Gerade aber diese Bereiche sind in Bulgarien auch zehn Jahre nach dem Beitritt zur Europäischen Union defizitär. Seit Beginn der EU-Mitgliedschaft unterliegt Bulgarien dem sogenannten Kooperations- und Verifikationsmechanismus (KVM), in dem sechs Bereiche aufgeführt sind, die Reform- und Handlungsbedarf aufweisen – darunter der Kampf gegen Korruption und organisiertes Verbrechen sowie Rechtsstaatlichkeit. Der Kommissionsbericht von 2017 stellt fest, dass auch nach zehn Jahren letztlich keiner der sechs „benchmarks“ erfüllt ist.² Auch in den Augen der Bevölkerung sind trotz des KVM keine Verbesserungen erzielt worden – im Gegenteil: 48 beziehungsweise 40 Prozent sind der Meinung, dass sich im Vergleich zu 2007 die Korruption beziehungsweise das Problem mit der organisierten Kriminalität verschlimmert hätten. 37 Prozent meinen, dass sich die Defizite im Justizbereich vergrößert haben.³ Die bulgarischen Bürger plädieren mit großem Nachdruck (72 Prozent) für die Fortführung der jährlichen Berichte der Europäischen Union und bewerten zu 56 Prozent die EU-Mitgliedschaft positiv.

Im Ergebnis ein diplomatisches Desaster war, als Ministerpräsident Boiko Borisov im September 2016 hastig die Vize-Präsidentin der Europäischen Kommission Kristalina Georgieva in Konkurrenz zur ebenfalls kandidierenden Irena Bokova (Generaldirektorin UNESCO) ins Rennen um das Amt der Generalsekretärin der Vereinten Nationen schickte und Georgieva eindeutig verlor.⁴ Nach dieser Blamage warf Georgieva ihren Vize-Posten bei der Kommission hin und wechselte Januar 2017 zur Weltbank. Bulgarien war in der Kommission nicht mehr leitend vertreten. Es dauerte bis Juli 2017, bis die Personalfrage endlich geklärt war. Die junge Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Marija Gabriel, von der Regierungspartei Bürger für eine Europäische Entwicklung Bulgariens (GERB) wird das Ressort von Günther Oettinger übernehmen und somit Kommissarin für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft werden.

1 Antoinette Primatarova: Bulgaria. The Spectre of a Two-Speed Europe. Building Bridges Series 3/2017.

2 European Commission: Report from the Commission to the European Parliament and the Council. On Progress in Bulgaria under the Co-operation and Verification Mechanism, COM(2017)43.

3 Siehe auch im Folgenden European Commission: Flash Eurobarometer 445. Cooperation and verification mechanism for Bulgaria and Romania, October 2016.

4 Siehe auch den Beitrag „Die Europäische Union und die Vereinten Nationen“ in diesem Buch.

Populistischer Wahlkampf im Zeichen russischer und türkischer Interessen

Unter Ministerpräsident Sergej Stanishev von den Bulgarischen Sozialisten (BSP) wurde Bulgarien 2007 EU-Mitglied. 2009 übernahm Borissov von der konservativen Partei GERB die Regierungsgeschäfte – seither hatte das Land drei Regierungen und drei Interimsregierungen (zuletzt vom 27. Januar bis zum 4. Mai 2017). Die jüngste politische Krise war Folge der regulären Präsidentschaftswahlen im November 2016. Die von Borissov viel zu kurzfristig als Kandidatin nominierte Parlamentspräsidentin Tsetska Tsacheva ist in der Stichwahl am 13. November 2016 (36 Prozent) dem von der BSP nominierten ehemaligen Kampfpiloten Rumen Radev (59 Prozent) krachend unterlegen. Daraufhin ist Ministerpräsident Borissov zurückgetreten und Bulgarien hatte erneut eine Interimsregierung, die bis zu den Parlamentswahlen im März 2017 vom parteilosen Ognjan Gerdshikov geführt wurde. Präsident Radev, ein ehemaliger Militär ohne politische Erfahrung, ist vor allem durch russlandfreundliche Äußerungen aufgefallen und hat damit sowohl in Washington als auch in Brüssel Bedenken ausgelöst, Moskau könnte verstärkt Einfluss auf die Energie- und Verteidigungspolitik des Landes nehmen.⁵ Obwohl der Präsident laut Verfassung keine Richtungskompetenz in der Außenpolitik hat, kann er Zeichen setzen. Das hat Radev im Wahlkampf wie auch der zuletzt amtierende Präsident Rossen Plevnelev (GERB) getan. Ersterer mit klaren Gesten nach Moskau, letzterer als prominenter Warner vor den russischen Interessen in Bulgarien und in der Region. Denn, dass Russland Einfluss auf die bulgarische Politik und Wirtschaft nimmt, wird unter anderem in einer Studie des Center for Strategic and International Studies vom Oktober 2016 deutlich.⁶

Der Wahlkampf zu den vorgezogenen Parlamentswahlen vom 26. März 2017 war von populistischer Agitation geprägt. Wirklich programmatische Inhalte, Visionen und klare Konzepte fehlten. Russland wie auch die Türkei hatten sich mittel- oder unmittelbar in den Wahlkampf und in das politische Geschehen in Bulgarien eingemischt und damit Steilvorlagen für populistische Politpropaganda rechts wie links geliefert. Selbst das Wall Street Journal berichtete vor den Parlamentswahlen über Gerüchte, wonach die BSP-Vorsitzende Kornelija Ninova bei den Präsidentschaftswahlen aus Russland Anweisungen erhalten habe.⁷ Im Wahlkampf versuchte sich die BSP an einem Drahtseilakt zwischen klarem Bekenntnis zur Europäischen Union und NATO und guten Beziehungen zu Russland. Die kleine Linkspartei Alternative für die Bulgarische Wiedergeburt (ABV) trat klar für ein Ende der EU-Sanktionen gegenüber Russland ein. Auch am rechten Rand finden sich moskautreue Parteien. In der radikal nationalistischen Wahlallianz der Vereinigten Patrioten (VP) tummeln sich die rechtsradikale Ataka-Partei, dessen Vorsitzender Volen Siderov offen enge Beziehungen nach Moskau pflegt, die klar europaskeptische Bulgarische Nationale Bewegung (IMRO) mit ihrem Vorsitzenden Krassimir Karakatschanov, einem ehemaligen Mitarbeiter des Geheimdienstes, und die Nationale Front zur Rettung Bulgariens (NFSB) mit Valeri Simeonov – alle sind pro-russisch und anti-türkisch.⁸

Spannungsreich gestaltete sich das bilaterale Verhältnis zur Türkei. Zum Schutz der EU-Außengrenzen wurde seit 2014 ein mittlerweile 30 Kilometer langer Zaun entlang der

5 Harry Cooper/Christian Oliver: Bulgaria caught between NATO and the Kremlin, in: Politico.eu, 12.9.2016.

6 Heather Conley/Ruslan Stefanov (Hrsg.): The Kremlin Playbook, Lanham 2016.

7 Joe Parkinson/Georgi Kantchev: Document: Russia Uses Rigged Polls, Fake News to Sway Foreign Elections, in: Wall Street Journal, 23.3.2017.

8 John R. Haines: The Suffocating Symbiosis: Russia Seeks Trojan Horses Inside Fractious Bulgaria's Political Corral, in: Foreign Policy Research, 5.8.2016.

türkischen Grenze errichtet, damit Migranten ausschließlich über die Grenzübergänge einreisen. Die Angst ist groß, dass der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan die Erklärung EU-Türkei aufkündigt und Bulgarien mit einer großen Anzahl an Migranten und Flüchtlingen konfrontiert wird. Um möglichst wenige Reibungspunkte bemüht, hatte daher Bulgarien Mitte Oktober 2016 angebliche Anhänger Fetullah Gülens an die Türkei ausgeliefert. Terrorattacken, Migrationskrise und der schwierige Umgang mit der in Bulgarien lebenden türkischen Minderheit sorgten dann im Wahlkampf für Spannungen mit Ankara. Die im April 2016 von Luytvi Mestan gegründete ethnisch-türkisch dominierte Partei DOST wurde offen von Erdoğan unterstützt. Kurz vor der Wahl selbst haben Anhänger der Vereinigten Patrioten die Grenze zur Türkei blockiert, „um tausende Türken mit bulgarischen Pässen an einer Stimmabgabe bei der Parlamentswahl am Sonntag zu hindern“⁹.

Bulgarien rückt weiter nach rechts

Die Bulgaren sind wahlmüde. Trotz Wahlpflicht sind bei den Parlamentswahlen nur 54 Prozent der Wahlberechtigten zur Wahl gegangen.¹⁰ Sie haben das Vertrauen in die Politik verloren, dass diese in der Lage und willens ist, ihre sozioökonomische Situation zu verändern. Seit 2017 sind die Minimallöhne auf 240 Euro und seit dem 1. Juli 2017 die minimale Rente auf 80 Euro angehoben worden – Armut ist weit verbreitet in Bulgarien. Von den 7,1 Mio. Bürgern des Landes lebten laut dem Nationalem Statistischem Institut 2016 annähernd 23 Prozent unterhalb der Armutsgrenze. Besonders von Armut betroffen sind die Roma.¹¹ Insgesamt positiv ist, dass sich der Anteil derer, die in Bulgarien von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind, seit dem EU-Beitritt 2007 von 60,7 Prozent auf 40,4 Prozent in 2016 deutlich reduziert hat, wie Eurostat aufweist.¹² Armutsbekämpfung, Anhebung der Löhne im öffentlichen Sektor, freier Zugang zum Gesundheitswesen (BSP), Anhebung der Minimalrente auf 150 Euro (VP) und Förderung junger Familien (GERB) waren beispielsweise die populistischen Angebote im Wahlkampf. Und doch haben diese Versprechen die Wähler nicht an die Urnen gebracht. Die Bürger wollen mehr Demokratie und endlich verantwortungsbewusste Politiker, die nicht mehr ihre eigenen Cliquen bedienen, sondern für das Wohl der Bürger handeln und nicht wie seit einigen Jahren statt Reformen einen Dauerwahlkampf bestreiten.

GERB ging mit 32,65 Prozent knapp als Sieger hervor, gefolgt von der BSP (27,2 Prozent). Drittstärkste Kraft wurden die Vereinigten Patrioten (9,07), die Partei der ethnisch-türkischen Bevölkerung Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS) konnte sich mit 8,9 Prozent gegenüber DOST (die es nicht in die Nationalversammlung schaffte) durchsetzen. Neu im Parlament ist Volja (Wille) des Selbst-Vermarketers und Tycoons Vesselin Mareschki (4,15 Prozent).¹³ Die pro-europäischen Reformparteien scheiterten an der Vier-Prozent-Hürde – damit auch die langjährige bulgarische EU-Kommissarin Meglena Kuneva. Borissov ist jetzt in einer Koalition mit den Vereinigten Patrioten – mit

9 Florian Hassel: Nationalistischer und populistischer, in: Süddeutsche.de, 28.3.2017.

10 Zentrale Wahlkommission Bulgarien: Ergebnisse für die Wahlen 2017, abrufbar unter: <https://results.cik.bg/pi2017/aktivnost/index.html> (letzter Zugriff: 15.9.2017).

11 National Statistical Institute: Poverty and Social Inclusion Indicators – National Level, abrufbar unter: <http://www.nsi.bg/en/content/8294/poverty-and-social-inclusion-indicators-national-level> (letzter Zugriff: 30.8.2017).

12 Eurostat: Statistiken illustriert, abrufbar unter: <http://ec.europa.eu/eurostat/web/europe-2020-indicators/statistics-illustrated> (letzter Zugriff: 30.8.2017).

13 Zentrale Wahlkommission Bulgarien: Ergebnisse Parlamentswahlen 2017, abrufbar unter: <https://results.cik.bg/pi2017/rezultati/index.html> (letzter Zugriff: 15.9.2017).

Parteien also, die offen europäische Werte ablehnen und der Ansicht sind, Bulgarien sollte Vorbedingungen stellen, wenn es um die Aufnahme der Westbalkanstaaten Mazedonien und Serbien in die Europäische Union geht.¹⁴

Ausblick

Und schon zeichnet sich Ärger ab. Denn Anfang August 2017 soll endlich ein Freundschaftsvertrag zwischen Bulgarien und Mazedonien unterzeichnet werden. Bulgarien hatte 1992 Mazedonien als erstes Land weltweit zwar als Staat, nicht aber als Nation anerkannt. Anerkannt werden sollen nunmehr die mazedonische Sprache sowie die Existenz einer mazedonischen Minderheit in Bulgarien.¹⁵ Die Opposition in beiden Ländern gegen dieses Abkommen ist unüberhörbar und ideologisch übergreifend mit dem gleichen Tenor – Ausverkauf der nationalen Interessen. In Mazedonien wird Premier Zoran Zaev von der Sozialistischen Partei (SDSM) aus dem konservativen Lager VMRO-DPMNE ebenso angegriffen wie der konservative Ministerpräsident Bulgariens – hier aber von Seiten der Sozialistischen Partei Bulgariens.

Es wird ein Novum in der Geschichte der Europäischen Union, dass, wenn Bulgarien ab 1. Januar 2018 die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt, ein EU-Mitgliedsland, das zugleich einem Monitoring unterliegt, den Vorsitz innehaben wird. Die Vorbereitungen für den EU-Ratsvorsitz laufen. Liliyana Pavlova ist als Ministerin in das neu geschaffene Ministerium für den bulgarischen Ratsvorsitz berufen worden. Ministerpräsident Borissov hat sich vorgenommen, unter anderem die EU-Integration des Westlichen Balkans, regionale Stabilität und Stärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit als Prioritäten für die Ratspräsidentschaft zu setzen.

Bulgarien stellt sich ganz in die gemeinsame Linie der EU-27 bei den Brexit-Verhandlungen.¹⁶ Der Brexit und dessen Folgen sind für Bulgarien eine Herausforderung. Für die bulgarische Regierung geht es dabei zum einen um die circa 77.000 bulgarischen Staatsbürger, die im Vereinigten Königreich leben und arbeiten. Für sie fordert die Regierung die Gewährleistung aller Rechte, einschließlich des Aufenthaltsrechts sowie von Gesundheits- und Pensionsansprüchen. Zum anderen bedeutet der Brexit und der Austritt des Vereinigten Königreichs aus dem europäischen Binnenmarkt Risiken für die bulgarische Wirtschaft. Zwar ist das bilaterale Handelsvolumen relativ gering (2015 insgesamt 250 Mio. Euro), doch ist die bulgarische Wirtschaft klein und ihre exportorientierten Wirtschaftszweige bestehen vielfach aus Zulieferern für größere westeuropäische Unternehmen. Eine weitere Folge des Brexit ist, dass der EU-Haushalt angepasst werden muss. Bulgarien ist eines der ärmsten EU-Mitgliedsländer und profitierte bisher von Zuweisungen aus den Kohäsionsfonds (2015 betrug der Nettotransfer 2,3 Mrd. Euro).¹⁷

Weiterführende Literatur

Center for Liberal Strategies: 10 godini Balgaria v ES, Sofia 2017.

Georgi Karasimeonov (Hrsg.): Barometer. Political parties in Bulgaria, Friedrich-Ebert-Stiftung Analysis 1/2017.

Maria Spirova: Country Report Bulgaria, in: Freedom House (Hrsg.): Nations in Transit, 2017.

14 Alexander Andreev: Bulgarische Nationalisten am Regierungstisch, in: Deutsche Welle, 4.5.2017.

15 Maria Cheresheva/Sinisa Jakov Marusic: Macedonia-Bulgaria Treaty Meets Suspicion in Both Countries, in: BalkanInsight, 14.7.2017.

16 Novinite.com: The Council of Ministers Approves Bulgaria's Position on Brexit Talks, 27.4.2017

17 Ivajlo Jajdzeiev: Bjudznetnata bomba za Balgaria i ES – in: Capital.bg, 10.2.2017.